

# Die neue Einwanderung aus Süd-Ost-Europa und die Europäische Sozialpolitik

2/5/2014 in Köln

---

Dr. Wolfgang Uellenberg – van Dawen

ver.di Bundesverwaltung

Leiter Politik und Planung

Diskussionsforum Köln 2. Mai 2014

## **Eurokrise und Einwanderung**

### Erstens

Die Weltwirtschaftskrise, die 2008 in den USA begann und nur mit Mühe eingedämmt werden konnte, ist zu einer Krise Europas geworden. Deregulierte Finanzmärkte und fast unkontrollierte Finanzmarktakteure haben das europäische Bankensystem an den Rand des Zusammenbruchs getrieben. Die Rettungsaktionen der Mitgliedsstaaten der EU für ihre Banken auf der einen und die Konjunkturprogramme zur Stabilisierung der Wirtschaft auf der anderen Seite haben viele Staaten fast in den Staatsbankrott getrieben. Aus einer Finanzmarktkrise wurden eine Wirtschaftskrise und dann eine Schuldenkrise, in der die gerade geretteten Gläubiger nun den Rettern die Rechnung in Form hoher Anleihezinsen und neuer Spekulationen auf die Stabilität ihrer gemeinsamen Währung des Euro präsentieren. Gerettet wurde der Euro durch die Europäische Zentralbank. Die vor allem im Süden Europas hochverschuldeten Mitgliedsstaaten, rettete keiner, nur ihre Schuldendienste wurden durch einen europäischen Stabilitätsmechanismus vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Europa in Gestalt der TROIKA und des ESM hat nicht Griechenland, Irland, Spanien und Portugal gerettet, sondern die Anleihen und Finanzanlagen der internationalen Anleger. Die Zeche bezahlt haben die Sozialstaaten, Gesundheits- Bildungs- und Sozialsysteme, haben die Arbeitslosen, deren Arbeitsplätze gestrichen wurden, haben die jungen Menschen, die keine neue Beschäftigung finden. Jeder zweite Junge Erwachsene ist in Griechenland und Spanien, jeder vierte Erwachsene ist in diesen Ländern arbeitslos. 26 Millionen Menschen suchen meist vergeblich Arbeit. Die Spaltung Europas vertieft sich.

### Zweitens

In der Krise wurden die Schwächen der europäischen Union sichtbar: Es gibt eine Währung aber nicht eine Wirtschaftsstruktur, nicht eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaft Europas ist aus dem Lot geraten. Ungleichgewichte verschärfen die Krise, spalten Europa in Gewinner und Verlierer. Produktive Ökonomien mit einem hohen Anteil an Industrie und wissensintensiven Dienstleistungsarbeitsplätzen meist im Norden und allen voran Deutschland stehen schwächeren oder wie in Italien gespaltenen Ökonomien mit hohen Importquoten gegenüber. Aber statt in der Krise die Chance für eine gemeinsame auf Investitionen, auf Innovationen und auf sozialstaatliche Reformen und damit Wachstum gerichtete europäische Wirtschaftspolitik zu ergreifen, sorgten sich die Mehrheit der Mitgliedsstaaten und die neoliberal ausgerichtete EU Kommission um das Vertrauen der Finanzmärkte und drückten den Krisenstaaten einen überaus harten Sparkurs auf, der

eine Abwärtsspirale aus Haushaltskürzungen, Massenkauftkraftschwäche, Erosion der Infrastruktur und Wachstumsverlusten verursachte, anstatt durch neues Wachstum Sozialstaatsreformen auf den Weg zu bringen. Verschont blieben und bleiben die Verursacher und die immens Reichen und Vermögenden, deren Drang nach spekulativem Reichtum die Krise verursacht hat die aber nichts zu ihrer Bewältigung beitragen. Notwendig ist eine europäische Politik für Wachstum und Beschäftigung, für Investitionen in eine umweltschonende Industrie und in hochwertige Dienstleistungen und eine Politik der Sozialstaatsreformen, der sie nicht kaputt spart sondern ihre Leistungsfähigkeit und Bürgernähe verbessert. Reichtum ist genug da, um eine solche Politik sozial gerecht und dauerhaft zu finanzieren. Sie muss nur in Angriff genommen werden. . „Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich alle Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden. Die Ungleichverteilung der Einkünfte ist die Wurzel der sozialen Übel.“ ( Papst Franziskus, Die Freude des Evangeliums 202)

### Drittens

Die Krise hat die Menschen in Europa einander näher gebracht und zugleich voneinander entfremdet. Selten waren die Menschen durch die Medien über die krisenhafte Entwicklung in den einzelnen Ländern so gut und umfassend informiert, beherrschten etwa griechische Politik und Regierungskrisen die europäische Berichterstattung, sorgten sich Experten um den Bestand Spaniens oder die politischen Parteierungen in Italien. Aber wie schon lange nicht mehr haben sich die Menschen voneinander entfremdet: Deutschland, dessen Wirtschaft seit Jahren vom Euro profitiert, wird regiert von politischen Mehrheiten, die anderen Ländern einen harten Sparkurs zumuten, aber nicht bereit sind, auch nur einen Cent für ihre Rettung auszugeben, es sei denn gegen bombensichere Gegenleistungen. Vorurteile gegenüber Südländern, die spätabends an Stammtischen zu Tage kamen, wurden Leitbilder politischer Entscheidungen. Populistische Gegenreaktionen blieben und bleiben nicht aus. Stimmungsmache und Stimmungen schaukeln sich auf und der Rechtspopulismus, der sich meist in wohl situierten akademischen Kreisen noch schneller ausbreitet wie bei den so genannten einfachen Menschen, will bei der Europawahl seine Chance nutzen. Verdrängt werden die Ursachen und vergessen werden die Verursacher. Weil Ängste voreinander geschürt werden, lässt die Suche nach solidarischen Lösungen nach. Aber die Auseinandersetzungen um die Zukunft Europas sind noch nicht entschieden. Denn ebenso wie Ängste und Rechtspopulistische Stimmungsmache zunehmen, so wächst auch vielfältige Solidarität zwischen Gewerkschaften, zwischen Betriebsräten, zwischen Initiativen und auch innerhalb sozialer politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen. Sie müssen sich nur stärker vernetzen, in höherem Maße die politischen und gesellschaftlichen Diskurse prägen, sich nicht vor offensiven Auseinandersetzungen mit neoliberalen und rechtspopulistischen Strömungen fürchten.

### Viertens

Wenn Menschen aus Politik und Medien hören, dass sie für andere, die angeblich über ihre Verhältnisse gelebt hätten, nun Hilfsgelder zahlen sollen, so darf sich niemand wundern, wenn sie der Legende vom Sozialtourismus südosteuropäischer Einwanderer glauben. Die Behauptung von der Einwanderung in unsere Sozialsysteme, wie sie auch von demokratischen Politikern und Politikerinnen formuliert wird, vergiftet nicht nur das soziale Klima sondern verstellt fast völlig den Blick auf die tatsächliche Entwicklung. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburger

Weltwirtschaftsinstitutes hat im Zeitgespräch des Wirtschaftsdienstes vom März 2014 die Welt wieder vom verwirrten Kopf auf die realen Füße gestellt: Richtig ist: Der Zustrom von Ausländern nach Deutschland ist so stark wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. 2012 kamen auch in Folge der Krise vier Fünftel aller zuwandernden Personen aus einem anderen europäischen Staat nach Deutschland. Aus den vierzehn alten Staaten der EU kamen 20 Prozent, aus den zwölf neuen Staaten 43 Prozent aller Zuwanderer. Nachdem für Bulgarien und Rumänien die Freizügigkeit unbeschränkt möglich werden sollte und dann wurde hat sich die Zahl der Zuzüge 2006 bis 2013 aus Rumänien verfünffacht, aus Bulgarien verachtfacht ( Straubhaar Wirtschaftsdienst 3/ 2014 S. 164 ff.). Die Folgen ist aber entgegen allen Mythen nicht die einer Belastung, sondern einer Entlastung des Arbeitsmarktes. Rumänen und Bulgaren – so Straubhaar – haben in Deutschland eine hohe Beschäftigungs- und eine geringe Arbeitslosenquote. „Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund verdienen ihr Leben durch eigene Arbeit, zahlen Steuern und unterscheiden sich – je länger sie hier leben – umso weniger von der Aufnahmegesellschaft.“ (S. 165) Es gibt keine Armutsmigration, sondern eine Arbeitsmigration, die ausgelöst wird durch die ökonomische Stärke und den vor allem den wachsenden Dienstleistungssektor, auf dem etwa bei den sozialen Dienstleistungen händeringend Fachkräfte etwa in der Pflege gesucht werden. Deutschland so Straubhaar und viele andere Ökonomen und Arbeitsmarktforscher braucht auf Dauer Zuwanderung. Migrantinnen und Migranten sind nicht Teil der Problems, sondern Teil der Lösung.

Armutsmigration ist auch durch die Europäische Sozialpolitik nicht möglich. Denn die Personenfreizügigkeit in der EU mit dem Recht auf Einreise, Arbeitsplatzwahl und Niederlassung gilt für Erwerbstätige und Erwerbsarbeit suchende. Wer wie Rentner und Studierenden nicht dazu gehört, muss einen Krankenversicherungsschutz und über ausreichende Existenzmittel auch für seine Familie verfügen.

Problematisch sind jedoch für viele der Arbeitsmigranten die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, wenn ihre Rechtsunkenntnis oft von gewissenlosen Menschenhändlern, Unternehmern und Subunternehmern ausgenutzt wird, um sie auszubeuten. Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wie der allgemeine gesetzliche Mindestlohn sowie eine strikte Kontrolle aber auch mehr Information und Beratung müssen diesen Zuständen abhelfen. Aber auch eine bessere Arbeitsvermittlung und ebenso eine andere öffentliche Berichterstattung. Denn wenn sich z.B. Bulgarische Arbeiter auf dem „Arbeiterstrich“ als Werkvertragsarbeiter verdingen, dann sind nicht sie, sondern die Menschenhändler die sie anwerben das Problem.

Migranten werden dann arm, wenn die Aufnahmegesellschaft ihnen und ihren Kindern keine ausreichende Infrastruktur zur Verfügung stellen kann. Wenn es an Wohnungen mangelt, wenn kaum Plätze in den Kitas und Schulen vorhanden sind, wenn es an Geld für Lehrpersonal auch für Sprachkurse mangelt. Aber diese Probleme werden nicht von den Migranten, den zuwandernden wie den hier lebenden verursacht, sondern durch eine unsoziale Politik, die den Sozialstaat meist zu Lasten der Kommunen kaputt spart.

Der Abbau von Ängsten und Vorurteilen, soziale und kulturelle Integration, eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt – dies und vieles andere ist notwendig, damit Wanderungsbewegungen als Bereicherung und nicht als Bedrohung begriffen werden. Aber sie können nicht die Leistungen eines sozial gerecht finanzierten Sozialstaates ersetzen, für dessen Bestand auch die Beiträge und die Steuern der Migrantinnen und Migranten entscheidend sind.

Fünftens

Wanderungsbewegungen schaden nicht, im Gegenteil sie nutzen und helfen gesellschaftliche Herausforderungen wie etwa den demografischen Wandel besser zu bewältigen. Aber sie sind keine Lösung. Denn Menschen bleiben vielfach lieber dort, wo ihre Heimat ist, Und darum müssen nicht nur die Menschen zu den Arbeitsplätzen kommen, wie es in Europa seit mehr als hundert Jahren der Fall war, sondern die Arbeitsplätze auch zu den Menschen. Und auch darum brauchen wir eine andere Politik gegen die Krise in Europa, eine Politik die für Wachstum und Arbeit, für Solidarität und Gerechtigkeit sorgt.